

Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst -

Telefax-Nr.: 36178, 36179, 36180

Telefon-Nr.: 31596

Amtsvorwahl: 227-

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Thema Grüne Gentechnik ist zumindest ein bisschen Leben in der Debatte. In der Tat sind aber einige Redebeiträge und auch die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner ziemlich vorhersehbar.

Ich möchte auf zwei Bereiche eingehen. Frau Kollegin Happach-Kasan, FDP, und Kollege Röring, CDU, haben die Situation in Indien angesprochen. Ich glaube, es bringt den Menschen, die uns zuhören oder diese Debatte nachlesen - es wird ja alles protokolliert -, nicht viel, nachzuprüfen, wann wer mit wem auf wessen Einladung und wo vor Ort in Indien war. Ich bin nicht ganz so häufig unterwegs, wie man meiner Webseite entnehmen kann; aber auch ich kann eine Indienreise nachweisen.

Als Informatiker habe ich eines gelernt, nämlich Aussagenlogik. Wenn die Erfahrungen mit Baumwolle in Indien so hervorragend waren, warum hat sich die indische Regierung dann entschieden, beim nächsten Produkt, nämlich bei Soja, auf Gentechnikfreiheit im gesamten Land per Gesetz zu bestehen? Das ist die erste Nachfrage.

Zweite Nachfrage: Wenn das Produkt so überlegen ist und die Bauern die Mehrkosten - es war oft Verschuldung, die zu den Suiziden geführt hat - durch den Erlös locker ausgleichen, warum muss die anbietende Firma Monsanto dann jeden Konkurrenten, jeden Saatzuchtbetrieb, der herkömmliche Baumwolle vor Ort anbietet, hektisch aufkaufen und dessen Produkte vom Markt nehmen, damit die Bauern in der Region keine Alternative mehr haben?

(Peter Bleser (CDU/CSU): Das ist doch Quatsch! Das sind doch Märchen!)

Das wäre doch nicht notwendig, wenn es so wäre, wie Sie es beschrieben haben.

Frau Happach-Kasan, diejenigen, mit denen Sie geredet haben und von denen Sie erzählen, sind in der Regel Menschen, die mit dem Einsatz von Grüner Gentechnik ihr Geld verdienen. Da gilt in der Tat das gute alte Zitat von Guido Westerwelle: Wenn man einen Teich trockenlegen will, darf man nicht die Frösche fragen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan?

Ulrich Kelber (SPD):

Selbstverständlich.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Kollege Kelber, ich freue mich, dass Sie anerkennen, dass die Debatte etwas lebhafter und deshalb auch ein bisschen spannend ist. Ich freue mich auch, dass Sie ebenfalls in Indien waren, weil die Eindrücke, die man dort gewinnt, für eine solche Debatte prägend sind. Ich gehe einmal davon aus, dass wir da durchaus übereinstimmen.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir in der Bewertung übereinstimmen, dass Baumwolle und Soja zwei verschiedene Pflanzen mit deutlich unterschiedlichen Standortbedingungen und deutlich

unterschiedlichen Anbauvoraussetzungen sind und auch deutlich unterschiedliche Kenntnisse für deren Anbau vonnöten sind. Ich glaube, auch da sind wir einer Meinung.

Ich habe die IFPRI-Studie angesprochen; sie ist im Oktober veröffentlicht worden. Das Institut hat seinen Sitz in Washington. Professor von Braun ist Leiter dieses Institutes. Er dürfte Ihnen bekannt sein, weil er schon in Bonn gearbeitet hat, und er ist mir bekannt, weil er zuvor in Kiel gearbeitet hat.

(Zuruf des Abg. Gustav Herzog (SPD))

- Herr Kollege Herzog, ich komme selbstverständlich zu meiner Frage. Da brauchen Sie gar keine Sorgen zu haben. - Die Ergebnisse dieser Studie machen deutlich, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch den Anbau von Bt-Baumwolle gemindert werden konnte. Dies ist zumindest aus umweltpolitischer Sicht eine sinnvolle Entwicklung.

Jetzt will ich auf das Thema Baumwolle zurückkommen.

(Lutz Heilmann (DIE LINKE): Sie machen es ja richtig spannend! Mittlerweile bin ich auf Ihre Frage wirklich gespannt!)

Haben Sie diese Studie eigentlich genau gelesen? Haben auch Sie zur Kenntnis genommen, dass Baumwolle die Pflanze ist, für die in Indien die höchsten Pflanzenschutzmittelaufwendungen getätigt werden, und sind auch Sie zu dem Schluss gekommen, dass die Entscheidung der indischen Regierung, weiterhin in Bt-Baumwolle zu investieren, insofern durchaus sinnvoll sein könnte?

Das hat man in Indien getan. Es gibt zwei Konstrukte, die von Monsanto stammen: ein Konstrukt, das in Indien entwickelt worden ist, und ein Konstrukt, das in China entwickelt worden ist. Das heißt, es entsteht immer mehr Vielfalt; dieses Thema hat Herr Kollege Röring angesprochen. Vor diesem Hintergrund bin ich der Auffassung, dass die Frage, wie man mit Gv-Soja umgeht, nichts mit den Erfahrungen, die man in Indien mit Bt-Baumwolle gemacht hat und die insgesamt gesehen gut sind, zu tun hat. Würden Sie diese Einschätzung teilen?

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Happach-Kasan, meine wunderschöne Heimatstadt Bonn hat 320 000 Einwohner. Die Zahl der Menschen, die dort jemals gewesen ist, geht wahrscheinlich in die Millionen. Auf Ihre Frage, ob ich Herrn Professor von Braun persönlich kenne, muss ich Ihnen sagen: Ich kenne nicht alle Menschen, die schon einmal in Bonn waren, persönlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD - Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Professor von Braun ist aber jemand, den man durchaus kennen könnte!)

Ich bemühe mich zwar, möglichst viele Hausbesuche und Aktivitäten vor Ort durchzuführen; aber das habe ich noch nicht ganz geschafft.

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Schade!)

Ich kenne diese Studie nicht.

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Auch das ist schade!)

Ich lasse sie mir aber gerne zuschicken und lese sie. Sie wissen so gut wie ich, dass es Hunderte von Studien gibt. Wahrscheinlich könnte ich Ihnen sofort locker zehn bis zwanzig Studien nennen oder von den Mitarbeitern meines Büros heraussuchen lassen, die Sie nicht gelesen haben. Das ist aber nicht das spannende Spiel.

Beim Thema Soja sagen Sie, gentechnisch verändertes Soja sei so überlegen, dass man es anbauen muss. Wenn ich daraufhin sage, dass sich die indische Regierung aufgrund der Erfahrungen mit gentechnisch veränderter Baumwolle dazu veranlasst sah, die angeblichen Vorteile des nächsten Produkts nicht zu nutzen,

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Das ist Ihre Folgerung! Das stimmt aber nicht!)

sondern darauf zu verzichten, dann handelt es sich, was die Aussagenlogik angeht, um den Schluss, dass es im Hinblick auf die Baumwolle Gründe für diese Entscheidung gegeben haben muss.

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Ja!)

Einen Grund haben Sie übrigens genannt. In der Tat ist Baumwolle eine Pflanze, deren Anbau in der Regel einen sehr hohen Pestizideinsatz zur Folge hat. Interessanterweise hat sich der Pestizideinsatz in den Regionen, in denen Bt-Baumwolle angebaut wird, keineswegs Richtung null bewegt.

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Er wurde aber gemindert!)

Vielmehr berichten die Bauern, übrigens auch Bauern aus anderen Weltregionen wie Südafrika, dass der Umfang des Pestizideinsatzes innerhalb kürzester Zeit wieder den alten Stand erreicht hat.

(Peter Bleser (CDU/CSU): Das ist doch kein Wunder!
Das ist bei allen Pflanzen so! Eine ganz normale
Entwicklung!)

Das Saatgut, das zum Einsatz kommt, ist also teurer, und die Kosten für den Pestizideinsatz sind gleich hoch. Das war auch der Grund für die Verschuldung der Bauern. Sie mussten die Kosten für beides tragen, ohne bessere Ernten zu haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das ist der entscheidende Punkt.

Wie immer hat mir auch heute die Rede meines werten Koalitionskollegen Peter Bleser gefallen. Zur Erinnerung: Peter Bleser ist der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hat, wie man nachlesen kann, eine fulminante Pro-Gentechnik-Rede gehalten. Ich habe beobachtet, dass ihm sämtliche anwesenden Abgeordneten der CSU frenetisch Beifall geklatscht haben.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!
Gut, dass wir das Protokoll haben!)

Es ist wichtig, zwischen den Pressemitteilungen von Herrn Söder, Herrn Seehofer und neuerdings teilweise auch Frau Aigner und dem Verhalten der CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu unterscheiden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem, das ich bei Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner hinter verschlossenen Türen immer wieder habe.

Ich habe mich über die Studie aus Bayern und über ihr Ergebnis gefreut. Ich gehöre übrigens zu den Menschen, die sich relativ sicher sind, dass sie, wenn sie ihr Leben lang Bt-Mais essen würden, vermutlich nicht daran erkranken würden.

(Beifall der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan (FDP))

Ich finde es gut, dass sich die SPD-Fraktion damals dafür eingesetzt hat, diese Langzeitfütterungsstudie in Auftrag zu geben.

(Peter Bleser (CDU/CSU): Ja! Sehr gut sogar!)

In diesem Zusammenhang habe ich mich an die Anzeige erinnert, die Peter Ramsauer - er ist übrigens der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag - im Landtagswahlkampf geschaltet hat.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh ja!)

In dieser Anzeige hieß es sinngemäß, die CSU sei immer gegen diese Langzeitfütterungsstudie gewesen, und die SPD habe mit ihrem Verhalten gezeigt, dass sie in Wirklichkeit für Gentechnik sei. Diese Anzeige ist vier Tage vor der Landtagswahl in der Heimatzeitung von Herrn Ramsauer erschienen. So viel zum Thema „Ehrlichkeit in der Argumentation“.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen der Gefährdung der Gesundheit durch gentechnisch veränderten Mais sind in diesem Zusammenhang gar nicht entscheidend. Wenn Sie die Position der SPD nachlesen, stellen Sie fest, dass dieses Thema überhaupt nicht angesprochen ist. Vielmehr geht es um Fragen der

Artenvielfalt, der Abhängigkeit und der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das sind die entscheidenden Fragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass die Konzentration auf wenige Sorten einerseits die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, gefährdet und die Vielfalt des Angebots an Lebensmitteln reduziert, und andererseits für die Ernährung gefährlich ist.

Ein gutes Beispiel dafür ist Reis. Ich gehe bewusst auf mehrere Sorten ein. Es gibt auf der Welt über 60 000 natürliche und auf Grundlage der Kulturvielfalt von Landwirten herangezogene Reissorten. Würden wir auf gentechnisch veränderte Reissorten umsteigen, gäbe es am Ende drei, vier oder fünf Sorten.

In den 70er-Jahren gab es einen starken Pilzeinfall in alle Reissorten dieser Welt, teilweise mit bis zu 90 Prozent Ernteausschlag. Eine Resistenz gegen Pilze ist eine Multigeneigenschaft, die man mit Gentechnik auch in den nächsten 30 Jahren vermutlich nicht erreichen wird, sondern nur durch Züchtung. Es hat sich unter 60 000 untersuchten Reissorten eine einzige als resistent erwiesen. Was wäre passiert, wenn diese eine Sorte entweder verdrängt oder vorher vernichtet worden wäre? Übrigens, das Tal, in dem diese Reissorte damals entdeckt wurde, ist heute eine Talsperre; diese Reissorte ist nicht mehr existent.

(Dr. Peter Jahr (CDU/CSU): Das hat mit Gentechnik nichts zu tun!)

Das ist die Frage der Artenvielfalt. Sie wissen, wie stark der Widerstand der Landwirte gegen die grüne Gentechnik ist. Frau Happach-Kasan, ich bin nicht bereit, gegen ihren erklärten Willen die Bevölkerung zu zwingen, diese Produkte direkt oder indirekt zu kaufen, oder die Landwirte zu zwingen, diese Sorten anzubauen.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Das stimmt! - Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Dazu bin ich auch nicht bereit!)

- Sie wehren sich aber gegen eine klare Kennzeichnung.

(Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Nein!)

Sie wehren sich gegen eine klar nachvollziehbare Koexistenz. Somit wollen Sie die Leute zwingen, diese Produkte zu sich zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Jede Generation wird für sich neu entscheiden müssen, ob sie technologische Möglichkeiten, die die grüne Gentechnik ihnen bietet, akzeptieren will oder nicht, ob diese Möglichkeiten Vorteile bringen oder aber gesellschaftliche Nachteile überwiegen.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Was ist das denn für eine Aussage?)

Wenn ich heute für meine Generation entscheide, wäge ich die Nachteile und Vorteile für die Gesellschaft ab.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Was ist denn Ihre Generation?)

Nachteile: Die Artenvielfalt wird reduziert, die Abhängigkeit gesteigert, die Koexistenz erschwert; die Kosten für gentechnikfreie Landwirtschaft steigen wegen der Vielzahl der Sicherheitsmaßnahmen und der Überprüfungen. Nutzen dagegen: keiner. Die einen Sorten sind resistent gegen ein bestimmtes Pestizid, das der gleiche Hersteller anbietet; Nutzen für die Gesellschaft: null. Die anderen produzieren ein Pestizid, das für den Fall, dass es wird, in einer sehr viel kleineren Dosis gespritzt werden könnte; gesellschaftlicher Nutzen: null. Ergo: Es muss ein Verbot des Anbaus dieser Pflanzen geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb erwarte ich von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner - selbstverständlich hat sie heute beim EU-Agrarrat zu sein; sie ist hier durch einen Staatssekretär vertreten -, dass sie wie angekündigt eine Prüfung vornimmt - rechtzeitig, bevor die Landwirte dieses Saatgut kaufen - und die Aussaat in Deutschland untersagt. Das ist ihre Aufgabe; daran wird man ihre Aussagen der letzten Wochen und Monate messen können.

Frau Aigner wird im Agrarrat auch darüber abstimmen müssen, ob die Europäische Kommission, die sich gerade eine blutige Nase geholt hat, Griechenland und Frankreich zwingen kann, ihre Anbauverbote aufzugeben. Ich bin Bundesumweltminister Sigmar Gabriel dankbar, dass er klare Kante gezeigt hat: Es waren Deutschlands Stimmen, die geholfen haben, dass Österreich und Ungarn in ihren Ländern gentechnisch veränderte Pflanzen nicht zulassen müssen, dass die Europäische Kommission unsere Nachbarn nicht zwingen durfte, etwas gegen ihren Willen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, Frau Aigner hat denselben Mut und stimmt im Agrarrat genauso ab.

Heute liegt uns ein Antrag vor, den die SPD in allen Punkten unterstützen kann. Das verwundert nicht: Er enthält nur Punkte aus dem Antrag, den wir unserem Koalitionspartner in den Jahren 2006, 2008 und - vor wenigen Tagen - 2009 vorgelegt haben.

(Peter Bleser (CDU/CSU): Wir haben ihn jedes Mal abgelehnt!)

Frau Präsidentin, da ich das letzte Mal für meine Wortwahl gerügt wurde, weise ich darauf hin, dass ich jetzt nur meinen Koalitionspartner zitiere; er sagte, das sei ihm scheißegal. Das ist die Wortwahl an dieser Stelle.

(Hans-Michael Goldmann (FDP): Wie bitte?)

Wir, die SPD-Fraktion, dürfen diesen Antrag nicht einbringen. Wir dürfen laut Koalitionsvertrag - das ist typisch für einen Koalitionsvertrag; Frau Höfken, Frau Höhn und Frau Künast wissen, was Koalitionsverträge sind - einem Antrag der Opposition nicht zustimmen. Deswegen werden wir das heute nicht tun. Wir werden weiter für den gleichen Inhalt kämpfen. Wir werden darauf drängen, dass wenigstens einer der Abgeordneten von der CSU, die in jeder Pressemitteilung sagt, sie teile diese Position der SPD, zu dieser Meinung steht und sie hier vorträgt. Die CSU sollte nicht versuchen, über die Zeitungen der Bevölkerung ein Bild zu vermitteln, das von der Meinung, die sie in Wirklichkeit vertritt, abweicht.

Was gibt es jetzt zu tun?

Erstens. Wir müssen für verbindlich gentechnikfreie Regionen in Europa sorgen. Die Menschen sollen entscheiden können, was passiert, um

auch die Kosten der gentechnikfreien Landwirtschaft niedrig zu halten. Es kann nicht sein, dass derjenige, der gentechnikfrei anbauen will, Mehrkosten hat, weil ein anderer eine gentechnisch veränderte Pflanze anbaut, die keinen gesellschaftlichen Nutzen bringt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen muss es verbindlich gentechnikfrei sein. Das kann zum Beispiel durch eine Änderung des europäischen Rechts geschehen. Dann erwarte ich aber entweder, dass wir das mit den Stimmen der CSU-Bundestagsabgeordneten im Bundestag beschließen, oder dass die bayerische Landesregierung irgendwann einmal eine Bundestagsinitiative einbringt. Das wäre vielleicht wichtiger, als eine Pressenotiz nach der anderen zu schreiben, in denen steht, was man angeblich vorhat. Tun Sie das doch einfach einmal, anstatt nur davon zu reden.

Zweitens. Wir brauchen gentechnikfreies Saatgut. Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die gentechnikfrei anbauen können, auch gentechnikfreies Saatgut bekommen, was nicht schon verunreinigt ist.

(Peter Bleser (CDU/CSU): Das haben wir doch im Gesetz gemeinsam geregelt!)

Wir brauchen eine Demokratisierung der Zulassung, weil es neben der reinen Überprüfung, ob eine unmittelbare Gefährdung für bestimmte Tierarten oder andere Pflanzenarten vorliegt, eben auch die Überprüfung der Langzeitfolgen für den Boden, wie Frau Kollegin Künast gesagt hat, und auch der ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge eines Landes - Stichworte: Verdrängungswettbewerb und Monopolisierung - gibt.

Drittens und Letztens brauchen wir eine technologieoffene Forschung. Das sage ich in Richtung des Forschungsministeriums, das hier zumindest lange Zeit vertreten war. Technologieoffene Forschung kann nicht heißen, dass im Haushalt von Frau Schavan 90 Prozent der Mittel für die Lösung bestimmter Probleme in der Züchtung in die Grüne Gentechnik und keine 10 Prozent in alternative Technologien gehen. Problem identifizieren und allen Technologien zur Lösung des Problems gleiche Chancen einräumen, dann könnten wir über einen fairen Umgang mit Grüner Gentechnik reden.

Das ist die eigentliche Politik, die jetzt gemacht werden sollte. In dieser Koalition ist sie nicht möglich. Ich hoffe auf eine andere Option für eine Mehrheit, um eine vernünftige Gentechnikpolitik machen zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der
CDU/CSU: Wir auch!)